

FDP-Vorstand empfiehlt Ablehnung des Credit-Suisse-Vergütungsberichts

Bern, 26. April 2010

Medienmitteilung

FDP-Vorstand empfiehlt Ablehnung des Credit-Suisse-Vergütungsberichts

Exzessive Boni untergraben das liberale Wirtschaftssystem und sind nicht tolerierbar

Der Vorstand der FDP. Die Liberalen hat sich heute in seiner ordentlichen Sitzung mit der Bonipraxis befasst. Er ist verärgert über die masslose Lohnpolitik einiger Unternehmen, die mit exzessiven Boni die Unterstützung der Bevölkerung für unser liberales Wirtschaftssystem untergraben. Die Spitzenlöhne einiger wenigen Konzerne – so etwa die 70 Millionen Franken des Credit-Suisse-CEO – stehen in keinem Verhältnis zur geleisteten Arbeit oder zum unternehmerischen Risiko. Diese Firmen bringen damit die Marktwirtschaft als Schweizer Erfolgsmodell insgesamt in Verruf. Das muss sich ändern. Die FDP unterstützt einen starken und sauberen Finanzplatz – da haben Exzesse keinen Platz. Deshalb lehnte die FDP die Décharge-Erteilung für die ehemalige UBS-Führung ab. Und deshalb empfiehlt der Parteivorstand heute den CS-Aktionären, den Vergütungsbericht an der kommenden Generalversammlung nicht zu genehmigen.

Wer in der Schweiz arbeitet, darf nicht nur von den Vorteilen unseres Landes wie tiefe Steuern und hervorragende Infrastruktur profitieren, sondern muss auch unsere politische Kultur akzeptieren. Diese billigt solche Boni nicht. Der FDP-Vorstand fordert von den betroffenen Unternehmen, ihre Lohnpolitik dringend wie folgt zu korrigieren:

- Boni müssen in allen Firmen an den mittelfristigen Firmenerfolg geknüpft und mit einem Malus verbunden werden – keine Boni ohne Mali. Die absolute Höhe von Boniprogrammen ist durch die Firmen selber zu beschränken.
- Banken sollen mit ihren Gewinnen ihr Eigenkapital für kommende schlechte Zeiten stärken, statt Phantasieboni zu zahlen.
- Aktionäre sollen aktiv an Generalversammlungen teilnehmen und dort verbindlich über das Vergütungssystem samt Boni-Plänen abstimmen dürfen.
- Den CS-Vergütungsbericht empfiehlt die FDP zur Ablehnung.

Gesetzliche Lohnobergrenzen und ähnliche rigide Massnahmen lehnt die FDP zur Zeit noch ab, denn sie schwächen unseren Wirtschaftsstandort und gefährden Arbeitsplätze. Hört die Wirtschaft jedoch nicht den Ruf der Politik, wird sie der Zorn der Bevölkerung in Abstimmungen und Gesetzen spüren.

FDP-Vorstand empfiehlt Ablehnung des Credit-Suisse-Vergütungsberichts

Kontakte:

Nationalrat Fulvio Pelli, Präsident FDP.Die Liberalen, 079 230 02 03

Pierre Weiss, Vizepräsident FDP.Die Liberalen, 079 439 44 04

Noé Blancpain, Kommunikationschef, 079 748 61 63

Bern, 26. April 2010

Medienmitteilung

FDP-Vorstand empfiehlt Ablehnung des Credit-Suisse-Vergütungsberichts

Exzessive Boni untergraben das liberale Wirtschaftssystem und sind nicht tolerierbar

Der Vorstand der *FDP.Die Liberalen* hat sich heute in seiner ordentlichen Sitzung mit der Bonipraxis befasst. Er ist verärgert über die masslose Lohnpolitik einiger Unternehmen, die mit exzessiven Boni die Unterstützung der Bevölkerung für unser liberales Wirtschaftssystem untergraben. Die Spitzenlöhne einiger wenigen Konzerne – so etwa die 70 Millionen Franken des Credit-Suisse-CEO – stehen in keinem Verhältnis zur geleisteten Arbeit oder zum unternehmerischen Risiko. Diese Firmen bringen damit die Marktwirtschaft als Schweizer Erfolgsmodell insgesamt in Verruf. Das muss sich ändern. Die FDP unterstützt einen starken und sauberen Finanzplatz – da haben Exzesse keinen Platz. Deshalb lehnte die FDP die Décharge-Erteilung für die ehemalige UBS-Führung ab. Und deshalb empfiehlt der Parteivorstand heute den CS-Aktionären, den Vergütungsbericht an der kommenden Generalversammlung nicht zu genehmigen.

Wer in der Schweiz arbeitet, darf nicht nur von den Vorteilen unseres Landes wie tiefe Steuern und hervorragende Infrastruktur profitieren, sondern auch unsere politische Kultur akzeptieren. Diese billigt solche Boni nicht. Der FDP-Vorstand fordert von den betroffenen Unternehmen, ihn dringend wie folgt zu korrigieren:

- › Boni müssen in allen Firmen an den mittelfristigen Firmenerfolg geknüpft und mit einem Malus verbunden werden – keine Boni ohne Maß. Die Höhe von Boniprogrammen ist durch die Firmen selber zu beschränken.
- › Banken sollen mit ihren Gewinnen ihr Eigenkapital für kommende schlechte Zeiten stärken, statt Phantasieboni zu zahlen.
- › Aktionäre sollen aktiv an Generalversammlungen teilnehmen und dort verbindlich über das Vergütungssystem samt Boni-Plänen abstimmen.
- › Den CS-Vergütungsbericht empfiehlt die FDP zur Ablehnung.

Gesetzliche Lohnobergrenzen und ähnliche rigide Massnahmen lehnt die FDP zur Zeit noch ab, denn sie schwächen unseren Wirtschaftskreislauf und gefährden Arbeitsplätze. Hört die Wirtschaft jedoch nicht den Ruf der Politik, wird sie der Zorn der Bevölkerung in Abstimmungen und Ge-

Kontakte:

- › Nationalrat Fulvio Pelli, Präsident FDP.Die Liberalen, 079 230 02 03

FDP-Vorstand empfiehlt Ablehnung des Credit-Suisse-Vergütungsberichts

› Pierre Weiss, Vizepräsident FDP.Die Liberalen, 079 439 44 04

› Noé Blancpain, Kommunikationschef, 078 748 61 63